

Bernard Bauer

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der AHK Tschechien (seit 2006) und Wirtschaftsdelegierter des Freistaates Bayern in der Tschechischen Republik (seit 2014). Ausbildung zum Industriekaufmann bei Osram S.A. in Madrid. 1995–1996 Delegation der Deutschen Wirtschaft in der Russischen Föderation, Außenstelle St. Petersburg. 1996–2001 Leiter der Abteilung Wirtschaftsinformationen der AHK Tschechien, Prag. 2001–2005 in leitenden Positionen der AHK Ecuador, Quito und AHK Chile, Santiago tätig.



Bernard Bauer

- 1) Eine der größten Einschränkungen, die durch die Corona-Krise hervorgerufen wurde, war für die Menschen in Deutschland und Tschechien die Schließung der Grenzen. Halten Sie die Maßnahmen der tschechischen und der deutschen Regierung in dieser Hinsicht für angemessen?

Angesichts einer Krise, die hervorgerufen wurde durch einen unbekanntes und „unsichtbaren“ Gegner wie Corona, ist es sehr schwer zu beurteilen, wie wichtig die Grenzschießung als Maßnahme war, um die Infektionsketten zu unterbrechen. Grenzschießungen sollten aus unserer Sicht aber die Ultima Ratio sein, denn offene Grenzen und der EU-Binnenmarkt mit seinen Freiheiten dürfen nie leichtfertig geopfert werden. Und da hat uns doch ein deutlicheres Bedauern dieser Maßnahme als Signal an die Menschen in Tschechien und in den Nachbarländern gefehlt.

- 2) Die Corona-Krise war eine Herausforderung sowohl für die Nationalstaaten als auch für die Europäische Union. Halten Sie die Gewichtung der politischen Kompetenzen – gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Krise – zwischen beiden politischen Ebenen für ideal?

Die Frage bleibt etwas unscharf. Geht es um mehr Europäische Union und weniger Nationalstaat zur Bewältigung einer solchen Krise oder umgekehrt? Die Frage, ob die EU-Institutionen ein besseres, effektiveres Krisenmanagement geleistet hätten als die Mitgliedsländer einzeln, ist hypothetisch. Tatsache ist, die EU-Institutionen sind in der Krise nicht sehr deutlich hervorgetreten. Die Frage nach der Gewichtung der politischen Kompetenzen ist zudem nur teilweise eine Frage des Wollens, die andere Seite der Münze ist die Frage nach der Akzeptanz in den Mitgliedsländern. Wer politische Verantwortung trägt, sollte immer beides im Auge behalten, wenn er europäische Realpolitik machen will.

- 3) Ein Teil der tschechischen Gesellschaft blickt auf Deutschlands Position in der EU mit einem gewissen Misstrauen. Wie sollte Deutschlands seine Rolle in Europa gestalten, um diese Ängste abzubauen?

Mit oder ohne EU – die Rolle Deutschlands wäre immer ein wichtiges Thema bei den europäischen Nachbarn. Damit muss und kann man leben. Und ganz allgemein betrachtet habe ich den Eindruck, Deutschland gestaltet seine starke Rolle innerhalb Europas sehr verantwortungsvoll. Es geht aber vielleicht eher um etwas anderes. Es geht eher um das Bild von der EU und die Erwartungen an dieses Großprojekt. Die EU ist historisch gesehen ein Projekt

„westlicher“ Nachbarländer, allen voran Frankreichs und Deutschlands. Es ging nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs um wirtschaftliche Zusammenarbeit und Friedenssicherung, beides in engem Zusammenspiel. Das ist im „westlichen“ Bewusstsein auch noch so verankert. Man muss in Brüssel und den „alten“ Mitgliedsstaaten aus meiner Sicht immer im Kopf behalten, dass diese „Story der EU“ in den neuen Mitgliedsstaaten wie Tschechien kaum eine Rolle spielt.

- 4) Gibt es auf der Ebene der deutsch-tschechischen Wirtschaftsbeziehungen aus Ihrer Sicht noch reichlich Luft nach oben? Wenn ja, in welchen Bereichen?

Die industrielle Tradition und Gegenwart sind in beiden Ländern außergewöhnlich stark. Maschinenbau, Automobilherstellung, Elektronik oder Chemie sind Bereiche, in denen Deutschland und Tschechien absolut kompatibel und deshalb auch so erfolgreich sind. Ein großes Potenzial für die Zusammenarbeit gibt es vor allem im Bereich Forschung und Entwicklung. Daran arbeiten wir als bilaterale Kammer auch intensiv – an der Zusammenarbeit im Bereich Digitalisierung, Nanotechnologie oder nachhaltige Technologien zum Beispiel im Bereich Energie.

- 5) Welche Rolle spielen interkulturelle bzw. Mentalitäts-Unterschiede zwischen Deutschen und Tschechen für das Engagement deutscher Unternehmen in der Tschechischen Republik?

Aus meiner Sicht keine. Deutsche Unternehmen investieren viel in Tschechien. Sie wissen, sie finden hier gute Ingenieure, Fachkompetenz und eine ähnliche Einstellung.

- 6) Ebenso wie an das Kriegsende vor 75 Jahren erinnern wir in diesem Jahr auch an den Beginn der Vertreibung der Sudetendeutschen. Sind wir auf einem guten Weg zu einer gemeinsamen Erinnerungskultur auch in strittigen Fragen wie z. B. der Vertreibung der Sudetendeutschen?

Ich meine, wir sind auf einem guten Weg, ja. Ob zu einer „gemeinsamen Erinnerungskultur“, das kann ich nicht sagen. Schwer zu beurteilen, ob es so etwas überhaupt geben kann. Und wenn ja, wie stabil und krisenfest ist so eine Erinnerungskultur? Ein wichtiger Meilenstein war ganz sicher, dass Bayern und Tschechien es schon vor einigen Jahren gemeinsam geschafft haben, das Thema Vertreibung aus der politischen Schusslinie zu bekommen. Das macht den Weg frei für mehr.

- 7) Rechtsnationale und nationalistische Parteien erstarken in Deutschland und Tschechien seit einigen Jahren, in manchen europäischen Ländern stärkt sich die Exekutive selbst massiv. Steht auch die Demokratie in den beiden Ländern Deutschland und Tschechien vor einer ernsthaften Bewährungsprobe?

Das ist eine der wichtigen Lektionen der letzten acht bis zehn Jahre – Demokratie und Rechtsstaat sind keine Selbstverständlichkeit. In keinem Land der Welt.

- 8) Die Corona-Krise ist das große Thema des Jahres 2020. Grenzsicherungen und Reisebeschränkungen ein Jahr nach dem 30jährigen Jubiläum der Samtenen Revolution und des Mauerfalls sind sicher ein großer Einschnitt für die Menschen. Welche konkreten Auswirkungen beobachten Sie schon jetzt bzw. befürchten Sie künftig auf die deutsch-tschechischen Beziehungen?

Wir nehmen mit großer Sorge zur Kenntnis, dass die Zeit der Corona-Krise mit all ihren Ad-hoc-Gegenmaßnahmen in unseren Ländern sowohl zu einem beispiellosen Einbruch in der Wirtschaft als auch zu einer spürbaren Verschlechterung des jeweiligen Bildes unserer Länder voneinander geführt hat. Das haben u. a. der Umgang mit Grenzpendlern in den vergangenen

zwei Monaten gezeigt oder auch unüberlegte Spekulationen über die Dauer der Grenzschießungen. Wir haben daher beiden Regierungen vorgeschlagen, kurzfristige bilaterale Konsultationen zu den Auswirkungen geplanter Maßnahmen durchzuführen, und zwar bevor diese umgesetzt werden. Außerdem bitten wir die Regierungen beider Länder um die Erneuerung des öffentlichen Bekenntnisses zur deutsch-tschechischen Freundschaft und zu den deutsch-tschechischen Wirtschaftsbeziehungen.

Fragen: Dr. Wolfgang Schwarz, Kulturreferent für die böhmischen Länder



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien